

Kleine Anfrage

der Abgeordneten König (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Finanzministeriums

Beteiligung Thüringens an GovData

Die **Kleine Anfrage 2884** vom 14. Februar 2013 hat folgenden Wortlaut:

Anfang dieses Jahres sollte die Online-Plattform "govdata.de" des Bundesministeriums für Inneres (BMI) gestartet werden, auf der Datensätze unterschiedlicher Verwaltungsebenen mehr oder weniger frei verfügbar gemacht werden sollen. Bisher werden zwar keine Daten bereitgestellt, aber es wird aufgefodert, dass sich interessierte öffentliche Stellen melden sollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Datensätze und in welcher Form werden bereits jetzt von der Landesregierung und den ihr untergeordneten Behörden der Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht?
2. Mit welchen Datensätzen wird sich die Thüringer Landesregierung und die ihr untergeordneten Behörden an dieser Plattform zu dessen Start beteiligen? Welche Datensätze sind für eine Beteiligung Thüringens in Zukunft vorgesehen?
3. Unter welcher Lizenz sollen die Datensätze der Thüringer Ministerien und Behörden auf govdata.de veröffentlicht werden?
4. Wie sichert die Landesregierung die zeitnahe Bereitstellung neuer Daten für das Portal?
5. In welchen Dateiformaten werden die Daten für das Portal von Thüringen zur Verfügung gestellt?
6. In welchen Dateiformaten werden die Daten voraussichtlich auf dem Portal weiterverbreitet?
7. Wie unterstützt die Landesregierung die Beteiligung öffentlicher Stellen der kommunalen Ebene in Thüringen?

Das **Thüringer Finanzministerium** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. März 2013 wie folgt beantwortet:

Das derzeit als Prototyp laufende Portal GovData wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts auf Basis der Studie "Open Government Data Deutschland" im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren umgesetzt. Entwicklung und Betrieb erfolgt durch Fraunhofer FOKUS. Zur Sicherstellung einer ebenenübergreifenden Abstimmung wird das Projekt durch die Bund-Länder-übergreifende Arbeitsgruppe "Open Government" begleitet und ist eng mit dem entsprechenden Steuerungsprojekt des IT-Planungsrates "Förderung des Open Government" im Rahmen der Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie (NEGS) verzahnt.

Zu 1.:

Bisher veröffentlichen die Landesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden Datensätze in unterschiedlichen Formaten (vor allem pdf-Dateien, aber auch Word oder Excel) vornehmlich auf ihrer jeweiligen Webseite auf dem Portal des Freistaats Thüringen (www.thueringen.de). Weitere Daten, beispielsweise vom Thüringer Landesamt für Statistik, werden auf separaten Webseiten zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus gibt es ein Datenangebot über die Geodateninfrastruktur Thüringens (GDI-Th), zu der unter anderem der Geoproxy gehört und insbesondere Daten aus dem Bereich von Umweltinformationen liefert.

Zu 2.:

In Betracht kommen verschiedenste Datensätze und Dokumente. Dies wird sich langfristig an dem noch zu evaluierenden Nutzerbedarf ausrichten. Zudem sind Anbindungen derzeit genutzter landesinterner Systeme geplant, beispielsweise des Geoproxy, dessen Daten bereits jetzt öffentlich zugänglich sind und über OGC-konforme Dienste (nach den Spezifikationen des "Open Geospatial Consortiums") als Web Map Service (WMS) bereitgestellt werden.

Zu 3.:

Die Lizenz wird abhängig vom jeweiligen einzustellenden Datensatz individuell festzulegen sein.

Zu 4.:

Die zeitnahe Bereitstellung ist abhängig von den zur Verfügung stehenden personellen und haushalterischen Möglichkeiten sowie der Umsetzung der technischen Voraussetzungen.

Zu 5.:

Bevorzugt werden Formate, die auf den technischen Standards beruhen bzw. eine Maschinenlesbarkeit ermöglichen. Aber auch Textform oder pdf-Dateien sind generell möglich.

Zu 6.:

Es werden dieselben Formate sein, wie in Antwort zu Frage 5, da durch die Weiterverbreitung keine Formatumwandlung erfolgt.

Zu 7.:

Der kommunalen Ebene können technische Komponenten zur kostenfreien Mitnutzung zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist das weitere Vorgehen mit den kommunalen Spitzenverbänden abzustimmen.

Dr. Voß
Minister